

10. / III. 1915.

## Die Approvisionierung Wiens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern sowohl beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, wie auch beim Kriegsminister R. v. Krobatin vorgesprochen, um über die vorgestrigen Verhältnisse auf dem Rindermarkte zu berichten und unter Hinweis darauf, daß die Militärverwaltung mehr als die Hälfte des ohnehin geringen Auftriebes für ihre Zwecke beansprucht und gekauft hat, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß durch ein solches Vorgehen der Militärverwaltung nicht nur Preiserhöhungen zum Schaden der großstädtischen Konsumenten eintreten, sondern auch das Fleischauergewerbe in seinem Betriebe behindert wird und Betriebseinstellungen zu besorgen sind. Die beiden Funktionäre anerkannten die Berechtigung der Forderung des Bürgermeisters und versprachen Abhilfe.

Auf dem gestrigen **Vorstenviehmarkte** war der Auftrieb etwas größer als in der Vorwoche, es standen 12.599 Stück zum Verkaufe, davon 4397 Jungschweine und 7158 Stück Fettschweine. Die Preise ließen infolgedessen ein wenig nach, sanken jedoch nicht auf das Niveau der Vorwoche. Die Rückgänge betragen zirka vier bis zehn Heller, während die Preissteigerungen infolge des minimalen Auftriebes auf dem letzten Markt rund 30 Heller per Kilo ausmachten.

### Die Bäckermeister beim Minister des Innern.

Vorgestern erschien eine Deputation des Verbandes der Bäckermeister Wiens bei dem Minister des Innern **Freierrn v. Heindl**, um wegen der Mehlfrage vorstellig zu werden. **Verbandsobmann Giles** schilderte die derzeitigen Verhältnisse im Bäckergewerbe und verwies auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Weizen- und Kornmehl. Er betonte ferner, daß bei Fortdauer der derzeitigen unhaltbaren Zustände die Einstellung der Kleingebäckserzeugung in kurzer Zeit allgemein werden müsse. **Minister Freierr v. Heindl** wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, welchen die Mehlbeschaffung begegne, und versicherte mit allem Nachdruck, daß die Regierung sich bemühe, eine Erleichterung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu ermöglichen. In der fünfviertelstündigen Besprechung gab **Freierr v. Heindl** auch zu, daß die gegenwärtige Zeit an das Bäckergewerbe außerordentlich große und schwere Aufgaben stelle und verwies wiederholt auf die Notwendigkeit einer ausgedehnteren Verwendung von Maismehl zur Brot- und Gebäckerzeugung. Die Deputation erhielt die Versicherung, daß in dieser Frage seitens der Regierung das Menschenmögliche werde veranlaßt werden, um so weit als tunlich, Abhilfe zu schaffen.

### Die Agitation gegen das Schlagobers.

Wir erhalten vom **Landesausschuß Bielowlawel** eine Zuschrift, die sich mit der Agitation gegen das Schlagobers befaßt und in der es heißt: Infolge der Agitation gegen das Schlagobers in den Kaffeehäusern und auch in den Wirtschaften hat sich bis heute folgende Situation ergeben: Milch wurde dadurch um keinen Tropfen mehr beschaffen, dagegen aber wird das Ausmaß der Kochmilch in bedeutend geringeres, wodurch sich die Erhöhung der Milchpreise für Wien ergab. Die Landesanstalten Nieder-

österreichs erhielten von der niederösterreichischen Landes-Molkerei nachstehendes Schreiben, in dem mitgeteilt wird, daß der Oberkonsum infolge der bekannten Agitation bedeutend nachgelassen habe, weshalb nur mehr geringe Mengen Kochmilch zur Verfügung stehen, so daß von dem bisher bezogenen Quantum Kochmilch ab 1. März nur mehr 50 Prozent geliefert werden können, während zirka 35 Prozent des Bedarfes an Kochmilch zum Preise von 30 Hellern pro Liter in Vollmilch geliefert werden. Durch diese Preiserhöhung erhöhen sich die Ausgaben für Milch in den niederösterreichischen Landes-Wohltätigkeitsanstalten pro Jahr um zirka 20.000 Kronen. Ich bringe dies der verehrlichen Schriftleitung deshalb zur Kenntnis mit der gleichzeitigen Bitte um Veröffentlichung, weil es dadurch vielleicht doch möglich erscheint, daß jene unzähligen Ratgeber und Ratgeberinnen, die vielleicht von der besten Absicht beseelt sind, denen aber hierfür die nötige Verständnis fehlt, endlich aufhören werden, eine Agitation zu entwickeln, die volkswirtschaftlich nur einen Schaden herbeiführt. Mehr als je bedarf in den gegenwärtigen Zeiten jeder Geschäftsmann ohne Unterschied des Standes der bestmöglichen Unterstützung seitens des Publikums und jede Bestimmung, welche die Einnahmen des Gewerbestandes, darunter rangieren selbstverständlich auch die Gast- und Kaffeehäuser, die Hotels und Unterhaltungslokale, vermindert, ist von ungeheurem Nachteil, auch für den Staat, das Land und die Gemeinden, weil die Steuereingänge dadurch unbedingt sinken müssen, ohne daß durch solche Bestimmungen oder Verordnungen für die Allgemeinheit auch nur der geringste Nutzen erwächst, sondern, wie im gegebenen Falle, durch die Agitation gegen das Schlagobers nur eine allgemeine Milchsteuerung hervorgerufen wurde. Indem ich die verehrliche Schriftleitung nochmals um Aufnahme vorstehender Zeilen ergebens bitte, zeichne ich hochachtungsvoll **Bielowlawel**, Referent für Wohlfahrtsangelegenheiten im niederösterreichischen Landesausschuße.

### Kartoffelkarten in Berlin.

**R. Berlin**, 9. März. Den Blättern zufolge beabsichtigt der Magistrat des **Borortes Wilmersdorf** nach dem Muster der Brotkarten in den nächsten Tagen auch **Kartoffelkarten** herauszugeben. Die Karte lautet auf **Inhaber**, ist nicht übertragbar und berechtigt, nach Maßgabe des vorhandenen Vorrates wöchentlich 20 P. und Kartoffeln von der städtischen Kartoffelverkaufsstelle gegen Bezahlung zu entnehmen.